Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern d. s Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parr[illegible]. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 180 | Samstag, den 30. Juni | Jahrgang 1928

Falsche Strategie.

In außerordentlich scharfer Weise gehen die Sozialdemokraten gegen Dr. Wirth vor, dem sie unterstellen, daß er sogar den Sozialdemokraten die Führung aus der Hand hätte nehmen wollen. Es ist sehr beachtenswert, was beispielsweise der „Vorwärts" schreibt. Er sagt unter anderem:

„Leider muß ausgesprochen werden, daß besonders Herr Dr. Josef Wirth zum zweiten Mal bei einer Regierungskrise den Beweis dafür geliefert hat, daß seine taktischen Fähigkeiten mit seiner rednerischen Begabung nicht Schritt halten. Bei der Bildung des Bürgerblocks hat er durch Abfassung der berühmten „Richtlinien" wider Willen den Deutschnationalen das Fenster gezeigt durch das sie einsteigen konnten. In den letzten Tagen hat er durch sein widerspruchsvolles Verhalten dem System, das er, wie wir überzeugt sind, mit aufrichtigem Herzen liebt, schweren Schaden zugefügt. Schon daß er ohne die schöne Pfauenfeder des Vizekanzlertitels durchaus nicht mitspielen wollte, war tief bedauerlich. Daß er aber schließlich gar mit Karl Severing zu einem Kampf um das Innenministerium antreten wollte, war noch viel schlimmer. Wirth gegen Severing! Schicksalstragödie oder Groteskkomödie? Herr Wirth soll gestern abend selber ganz verzweifelt erkannt haben, daß er in eine unmögliche Situation geraten war! Hätte er doch lieber zuvor auf seine Freunde gehört!"

In einer in der „Germania" veröffentlichten Zuschrift aus der Reichstagsfraktion wird zu diesem „Fall Wirth" gesagt:

„Die Zentrumsfraktion hatte angeregt, die Vizekanzlerschaft mit einem der drei Ministerkandidaten, und zwar mit Dr. Wirth zu verbinden. Dr. Wirth hatte alle Differenzen mit Partei und Fraktion ausgeräumt, der Fraktionsvorstand hatte ihn mit als Unterhändler für die Regierungsbildung bestimmt. Bei den Verhandlungen hat er außerordentlich fruchtbar mitgewirkt. Es war erklärlich, daß sie ihn auch zum Ministeramt präsentierte und, bei seiner politischen Bedeutung, gleichzeitig mit dem Gedanken der Uebertragung des Vizekanzleramtes."

Dadurch, daß Dr. Wirth zu den von der Fraktion bestellten Verhandlungsführern gehörte, ist er natürlich stärker in den Vordergrund getreten als die an den Verhandlungen nicht direkt beteiligten Fraktionsmitglieder. Vielleicht ist er auch in seiner Impulsivität unter seinen Fraktionsfreunden besonders weit vorgegangen. Taktische Fehler sind jedenfalls auf Seiten des Zentrums begangen worden. Ob und wie weit dafür die Verhandlungsführer oder dieser oder jener von ihnen verantwortlich zu machen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Tatsache ist, daß die Fraktion stark die Verhandlungen zu beeinflussen versucht hat. Ob das auch dann noch richtig war, als Müller-Franken sein Kabinett der Persönlichkeiten ohne Bindung der Fraktionen zu bilden begann, erscheint uns zweifelhaft. Sicher ist die Fraktion im Verlauf der Verhandlungen nicht immer ganz konsequent gewesen. Ihre Taktik ging schon so etwas im Zickzack-Kurs. Sie war nicht glücklich. Zunächst hatte Müller-Franken selber dem Zentrum den Vizekanzlerposten angeboten. Das war in dem Stadium, als auf der Grundlage der Fraktionsgebundenheit verhandelt wurde. Da legte das Zentrum kein Gewicht auf diesen Posten. Später aber, als das „Kabinett der Persönlichkeiten" in Frage stand, hielt es die Fraktion ihrer politischen Stellung entsprechend für erforderlich, auch eine politische Position zu verlangen. Dadurch brachte sie sich in den Verdacht, sie wolle den Posten des ursprünglich lediglich als Stellvertreter des abwesenden Reichskanzlers gedachten Vizekanzlers zu einer Art Nebenkanzler erweitern. Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei wurden argwöhnisch. Sie traten gegen die Forderung des Zentrums auf. Dazu kam, daß der Reichspräsident dafür nicht zu gewinnen war. Die Zentrumsfraktion mußte einen ihr in einem offiziellen Kommuniqué erteilten Rüffel einstecken. Er war von der Seite, von der er kam, allerdings nicht verdient. Denn die Fraktion hatte nicht daran gedacht, in die Rechte des Reichspräsidenten einzugreifen. Darum erklärte sie, als dieser Einspruch erhob, sofort in Wahrung seiner Rechte, daß sie an der Vizekanzlerfrage die Regierungsbildung nicht scheitern lassen wolle. Nun verlangte sie das Reichsinnenministerium. Wußte sie nicht, daß die sozialdemokratische Fraktion sich für diesen Posten längst auf Severing festgelegt hatte? Ueberall anders war das jedenfalls bekannt. Daß sie auf das ihr angebotene Reichsjustizministerium und das ihr gleichfalls offerierte Reichsfinanzministerium keinen Wert legte, war richtig. Das erste kann nicht als ein politisches Ministerium gelten, das zweite bringt eine Fülle sehr unangenehmer Aufgaben mit sich, die man richtiger Weise der im Kabinett vorherrschenden Partei zur Bewältigung überläßt. Es ist eine dumme Sache, wenn man für die Deckung von Ausgaben Sorge tragen muß, die durch die Initiative anderer Parteien entstehen. Und bei der Sozialdemokratie, die nach sechs Jahren an die Macht zurückgekehrt ist, kann man nach dieser Richtung hin wohl mit Verschiedenem rechnen. Wie dem aber auch sei, der Zentrumsanspruch auf das Reichsinnenministerium begegnete glatter Ablehnung. Da entschied sich die Zentrumsfraktion, um einen Konkurs zu vermeiden, zu einem Zwangsvergleich, zu einer möglichst schwachen Beteiligung an der Regierung. Nur ihr Fraktionsführer von Guérard trat in sie ein, und zwar ohne fraktionelle Bindung.

Damit kehrte die Fraktion an den Ausgangspunkt der Verhandlungen um das „Kabinett der Persönlichkeiten" zurück. Sie fand sich so damit ab, was Müller-Franken seit dem Scheitern seiner Bemühungen um die Große Koalition gleich gewollt hatte. Zwar hatte er eine Beteiligung des Zentrums durch drei Minister gewünscht. Aber wenn ein Kabinett ohne Fraktionsbindung nach Ansicht der Zentrumsfraktion nicht das Richtige ist, dann hätte sie wohl besser gleich zu Anfang diesen Standpunkt offen vertreten und, wenn sie trotzdem bereit war, ihre Bedenken zurückzustellen, gleich zu Anfang die Alternative äußern müssen. entweder drei Minister und den Vizekanzlerposten oder Beschränkung auf einen Minister als Verbindungsmann zwischen Kabinett und Fraktion.

Daß die Taktik des Zentrums in anderen Parteilagern nicht begriffen wurde, kann man verstehen. Es ging schon ein bißchen wirr dabei zu, und es war auch für den wohlwollenden Beobachter nicht gerade erhebend, wiederholt feststellen zu müssen, daß die Zentrumsfraktion mit ihren Forderungen und Entscheidungen zu spät herauskam, und daß ihr in verschiedenen Phasen der sechzehntägigen Verhandlungen ein einheitlicher Wille fehlte. Notwendig ist darum für sie, das haben diese Verhandlungen gelehrt, ein energischer kluger Führer, der es versteht, divergierende Meinungen zu einem einheitlichen Willen zu konzentrieren und, darauf gestützt, seine Strategie einzurichten. Wenn die Fraktion diese Konsequenz aus den Vorgängen der letzten beiden Wochen zieht, dann wollen wir beruhigt in die Zukunft blicken.

Der Verräter Schlageters verurteilt.

Wegen Meineids ins Zuchthaus.

● **Berlin**, 29. Juni.

Das Schwurgericht verurteilte heute den Angeklagten Götze wegen Meineids zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, wobei sechs Monate der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht werden. Ferner werden Götz die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt und ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt. Gegenstand der Anklage waren bekanntlich eidliche Bekundungen des Angeklagten in einem von ihm angestrengten Beleidigungsprozeß gegen Hauenstein, der ihn des Verrates an Schlageter beschuldigt hatte. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren beantragt und gebeten, bei seiner Urteilsfindung dem Angeklagten den Schutz des § 157 zuzubilligen.

★

Die Urteilsbegründung.

◇ **Berlin**, 29. Juni. In der Urteilsbegründung im Meineidsprozeß Götze wies der Vorsitzende zunächst auf die Schwierigkeiten des Ruhrkampfes hin, wo die Franzosen mit eiserner Faust die Kehle des Volkes gepackt hätten. Auf die Erzählungen der französischen Kriminalbeamten habe das Gericht keinen Wert gelegt, weil es sich nicht habe feststellen lassen, ob sie der Wahrheit entsprechen. Es liege zwar der Verdacht vor, daß Schneider und Götze Schlageter verraten hätten, doch habe sich dieser Verdacht nicht so weit verdichtet, daß das Gericht einen Verrat als feststehend hätte annehmen können. Der Angeklagte und Schneider hätten zugegeben, daß sie sich den Franzosen gegenüber verpflichtet hätten, Hauenstein auszuliefern. Ueber das Verhalten des Angeklagten und Schneiders in der Angelegenheit Hauenstein habe das Gericht keine Kritik zu üben. Das werde ja vielleicht an anderer Stelle getan werden. Einen Meineid habe der Angeklagte zweifellos geleistet. Es habe ihm jedoch den Schutz des § 157 zugebilligt. Eine Zuchthausstrafe von 2½ Jahren sei als angemessen erkannt worden, besonders mit Rücksicht darauf, daß die Art und Weise, wie er sich zur Zeugenschaft gedrängt habe, eine gewisse Frivolität vermuten lasse. Entsprechend dem § 157 sei diese Strafe, wie verkündet, herabgesetzt worden. Außerdem betrachte das Schwurgericht die Tat als eine ehrlose und habe dementsprechend auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre erkannt. Der Angeklagte bleibt in Haft.

Krylenko beantragt zwanzig Todesurteile.

Die Anklagereden im Schachty-Prozeß.

=/ **Moskau**, 29. Juni.

Die gestrige Sitzung im Schachty-Prozeß dehnte sich bis über Mitternacht aus. Das Plädoyer der Staatsanwaltschaft wurde mit Reden von Vertretern der verschiedenen Organisationen eröffnet, die als Hilfsstaatsanwälte den Verhandlungen des Schachty-Prozesses von Anfang an beiwohnten. Diese Reden waren von maßloser Schärfe und Leidenschaftlichkeit, und es wurde die härteste Strafe für die Angeklagten verlangt. So verglich der Ingenieur Schajin die Angeklagten mit Typhus- und Syphiliserregern. Nur die gesunde Widerstandskraft des Proletariats habe einer Verbreitung der Seuchen und tödliche Folgen für das russische Volk verhindert. Im Namen von Hunderttausenden von Ingenieuren und technischen Angestellten verlangte er ein erbarmungsloses Urteil für alle Angeklagten. Auch der Hochschulprofessor Grinko schloß unter dem Beifall der aus Arbeitern bestehenden Zuhörerschaft, „das scharfe Schwert der proletarischen Justiz müsse die Verräter treffen". Der Gerichtsvorsitzende Wischinski forderte das Publikum auf, die Ruhe zu bewahren, sonst würde er sich zu Gegenmaßnahmen gegen Demonstrationen aus dem Publikum gezwungen sehen.

Staatsanwalt Krylenko spielte sein Plädoyer auf starke rednerische Wirkungen ab. Sein groß angelegtes politisches Vorwort sollte eine Demonstration für den Aufbau des Sowjetstaates und der Sowjetwirtschaft sein. Er stellte sodann fest, daß der Prozeß bewiesen habe, daß vom Donez-Gebiet aus gegenrevolutionäre Fäden nach Paris, Warschau und Berlin gegangen seien. Wie die geheimen Prozeßsitzungen es ergeben hätten, haben dabei auch einige Angehörige deutscher Firmen ihre Hand im Spiele gehabt. Von Firmen selbst sprach Krylenko nicht, was eine gewisse Schwächung bedeutet. Bevor er zu seinen Strafanträgen überging, kritisierte er mit spöttischen Bemerkungen die Lebensweise einzelner Angeklagter. Den Kolodup, der während der Inflation für 2000 Rubel ein Häuschen auf einem seit 15 Jahren stillliegenden Schachtgelände erworben hatte, bezeichnete Krylenko als Kapitalisten. Bei Bojarinow mußte er wiederholt die Tatsache unterstreichen, daß dieser früher zaristischer Offizier gewesen sei. Einige Angeklagte nannte Krylenko Halunken und Lumpen. Krylenko mußte selbst zugeben, daß nur Geständnisse und Bezichtigungen aber keine Dokumente gegen die Angeklagten vorhanden seien. Trotzdem beantragte er gegen 31 Angeklagte folgende schwere Strafen:

Gegen die sieben russischen Staatsangehörigen Beresowski, Kalganow, Wassilijew, Kolodup, Bojarinow, Nekrassow und Budnij beantragte er die Todesstrafe, gegen Jusselwitsch die Todesstrafe oder zehn Jahre Gefängnis, und gegen 19 weitere Angeklagte mehr oder weniger harte Gefängnisstrafen oder Strafarbeit. Bei zwei Angeklagten wurde die Todesstrafe noch offen gelassen, und für zwei andere die Bewährungsfrist befürwortet.

In der heutigen Fortsetzung seiner Anklagerede betonte Staatsanwalt Krylenko, daß den Anlaß zu diesem Prozeß die Intellektuellen gegeben hätten und nicht die Arbeiter. Der Prozeß müsse den Arbeitern zeigen, welche Gefahren ihnen von seiten der Weltbourgeoisie drohen. Die Rede wurde zu einer Agitationsrede, als Krylenko von den Ingenieuren sprach, die ein Spielzeug in den Händen der ausländischen Bourgeoisie gewesen seien. Die Untersuchung habe einwandfrei ergeben, daß die Angeklagten mit ausländischen Unternehmungen und Staaten in Verbindung gestanden und Sabotage und Gegenrevolution getrieben hätten. Auch für die zweite Gruppe der Angeklagten (Baschkin usw.) sei die Todesstrafe zu beantragen. Krylenko beantragte im einzelnen die Todesstrafe gegen zwei Mitglieder der Moskauer Zentrale, gegen neun führende Mitglieder der Charkower Organisation und gegen zwei weitere Angeklagte, die Spionageaufträge ausgeführt haben sollen. Gegen die übrigen neun Angeklagten beantragte Krylenko Gefängnisstrafen.

★

Die Strafanträge gegen Otto und Badstieber.

× **Moskau**, 29. Juni.

Im Schachty-Prozeß kam heute Staatsanwalt Krylenko auch auf die deutschen Angeklagten zu sprechen. Die Anklage gegen den deutschen Monteur Meyer ließ er fallen mit der Begründung, daß die Beschuldigungen Baschkins gegen Meyer sich als leere Behauptungen erwiesen hätten. Gegen den AEG-Ingenieur Otto beantragte Krylenko dagegen eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr. Er begründete den Strafantrag damit, daß seiner Ansicht nach Otto den bewußten Brief an Kassarinow übermittelt habe und daß im übrigen ein politisch bedenklicher Widerspruch darin liege, daß Otto gleichzeitig Mitglied des Stahlhelms und des Vereins der Freunde des neuen Rußlands gewesen sei. Die Freiheitsstrafe solle Otto die Muße verschaffen, darüber nachzudenken, wie illoyal er sich als Ausländer in der Sowjetunion betragen habe. Krylenko gab bemerkenswerter Weise zu, daß die Beweise für Ottos Vergehen nicht erbracht seien und daß er daher dem Empfinden des Gerichts anheimstelle, Otto für schuldig zu erklären oder freizusprechen. In der Angelegenheit des deutschen Monteurs Badstieber hält Krylenko die Bestechung Baschkins für erwiesen und ebenso die Tatsache, daß Badstieber von dem Bestehen einer gegenrevolutionären Organisation gewußt, aber keine Anzeige erstattet habe, wozu er sich als Ausländer vielleicht nicht hundertprozentig verpflichtet gefühlt habe. Gegen Badstieber beantragt Krylenko daher eine Freiheitsstrafe mit Bewährungsfrist. Gegen Baschkin wurde dagegen die Todesstrafe beantragt. Bis 15 Uhr nachmittags hat der Staatsanwalt im ganzen 18 Todesurteile beantragt. Es stehen nur noch die Strafanträge gegen drei weitere Angeklagte aus.

★

Zu der Meldung über die Strafanträge gegen die deutschen Angeklagten im Schachtyprozeß wird von maßgebender deutscher Seite mitgeteilt, das hier bekannte, gegen Otto vorliegende Material könne eine solche Strafe unter keinen Umständen als gerechtfertigt erscheinen lassen. Es ist zu hoffen, daß das Sowjetgericht in maßvoller und besonnener Abwägung der vorliegenden Tatsachen zu einem anderen Schluß kommt, als der Staatsanwalt Krylenko. Die deutsche öffentliche Meinung würde jedenfalls kein Verständnis dafür aufbringen, wenn auch das Gericht dem Vorschlag des Staatsanwalts folgt.

Rücktritt der griechischen Regierung.

◆ **Athen**, 28. Juni. Finanzminister Kafandaris richtete an den Ministerpräsidenten Zaimis einen Brief, in dem er betont, die Haltung von Venizelos zwinge ihn zurückzutreten. Ministerpräsident Zaimis hat darauf dem Präsidenten der Republik Konduriotis die Demission der Regierung unterbreitet.

Der Rücktritt erfolgte nach einer scharfen Finanzkritik Venizelos'. Der frühere Ministerpräsident bereitet eine neu Kundgebung gegen die bisherige Regierung vor, in der das griechisch-französische Schuldenabkommen verurteilt wird, da dieses Griechenlands Papierfrankenschulden gegenüber Frankreichs Goldfrankenschulden an Griechenland zu hoch festgesetzt habe.

In Athener politischen Kreisen wird angenommen, daß Venizelos die Neubildung der Regierung übernehmen wird.

Der Wechsel der Reichsregierung.

Letzte Sitzung des alten, erste des neuen Kabinetts.

× **Berlin**, 29. Juni.

Am 28. Juni nachmittags trat unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx das alte Reichskabinett zu seiner letzten Sitzung zusammen. Reichskanzler Marx sprach den Mitgliedern des Reichskabinetts, insbesondere auch dem infolge Krankheit abwesenden Reichsminister Dr. Stresemann für ihre Mitarbeit seinen wärmsten Dank aus, der vom Reichsminister Hergt, dem Stellvertreter des Reichskanzlers, zugleich im Namen der übrigen Reichsminister herzlich erwidert wurde.

Am Vormittag des 29. Juni übernahm Reichskanzler Müller-Franken die Dienstgeschäfte im Reichskanzlerhaus, wo ihn der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder begrüßte und ihm die Beamten, Angestellten und Hausarbeiter der Reichskanzlei vorstellte.

Um 11 Uhr vormittags fand sodann im Reichskanzlerhause die erste Sitzung des neuen Reichskabinetts statt. Nach der Vereidigung der neu hinzutretenden Mitglieder des Kabinetts durch den Reichskanzler trat das Kabinett in die erste Beratung der Regierungserklärung ein. An den abwesenden Reichsminister Dr. Stresemann wurde seitens der Reichskanzlei mit Zustimmung des Reichskabinetts ein Begrüßungstelegramm gerichtet.

★

Hindenburgs Dank an Marx und die scheidenden Minister.

× **Berlin**, 29. Juni.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichskanzler Dr. Marx und den gleichzeitig aus dem Amte scheidenden Reichsministern in herzlichen Schreiben seinen Dank für ihre Dienste ausgesprochen. In dem Schreiben an Dr. Marx heißt es:

„In allen Stellen, die Sie inne hatten, als Richter, als Abgeordneter, als Reichsminister und als Reichskanzler verschiedener Kabinette haben Sie sich bei Ihrer

Amtsführung nur leiten lassen von dem einen Gesichtspunkt der Arbeit am Wohle des ganzen Volkes. Was Sie insbesondere als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik in schweren Zeiten voll ernster wirtschaftlicher und politischer Krisen für Deutschlands Wohl und Wiederaufbau in unermüdlicher, pflichttreuer Arbeit geleistet haben, wird Ihnen stets unvergessen bleiben."

In dem Schreiben an den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns heißt es:

„Gerade vor acht Jahren haben Sie dieses verantwortungsvolle Ministerium übernommen und es bisher durch einen Zeitabschnitt schwerer wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen hindurchgeführt. Daß es trotz aller Krisen gelungen ist, den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten und zu festigen, daß es möglich gemacht wurde, die Lage der arbeitenden Klassen, der Sozialrentner und der Kriegsbeschädigten zu bessern, ist in erster Linie Ihr Werk, für das Ihnen namens des Reiches wie eigenen Namens zu danken mir in dieser Stunde aufrichtiges Bedürfnis ist. Meine besten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen begleiten Sie in den Ruhestand, der wie ich hoffe, kein dauernder sein wird."

*

Amtsübergabe im Reichsfinanzministerium.

◇ **Berlin,** 29. Juni.

Im Festsaale des Reichsfianzministeriums fand am Freitag die Uebergabe der Geschäfte des scheidenden Reichsministers Dr. Köhler an den neuernannten Reichsminister der Finanzen, Dr. Hilferding, statt. Nach Dankesworten Dr. Köhlers an die Beamtenschaft des Ministeriums sprach der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Popitz, der besonders die Fortschritte in der Etatslage hervorhob, bei der insbesondere die Minderung des Anleihebedarfs im außerordentlichen Haushalt von nahe an einer Milliarde auf 660 Millionen Reichsmark gelungen sei, und das schwierige Gebiet der Reparationen streifte. Staatssekretär Dr. Popitz begrüßte hierauf den neuen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, den er der getreuen Mitarbeit der Beamtenschaft versicherte. Dr. Hilferding dankte für die Begrüßung und bat u. a. den scheidenden Minister um Unterstützung, wenn er nun im Reichstage seine Erfahrungen zur Verfügung stelle.

*

Die Vorbereitung der Regierungserklärung.

× **Berlin,** 29. Juni.

Ueber die Vorbereitung der Regierungserklärung schreibt die „Tägliche Rundschau": Es handelt sich zunächst einmal darum, daß das Kabinett sich über die allgemeinen Richtlinien der Erklärung einig wird. Im Anschluß daran werden dann die Ressorts die Ausarbeitung der einzelnen Teile übernehmen, und es werden dann in einer neuen Sitzung diese einzelnen Teile zu einer einheitlichen Erklärung zusammengefaßt werden. Man kann annehmen, daß das Kabinett Müller es vermeidet, in der Regierungserklärung vorhandene Differenzpunkte zu berühren, über die bei den interfraktionellen Besprechungen scharfe gegensätzliche Meinungen herrschten. Die Frage des Panzerschiffbaues wird nicht behandelt werden, sondern im Wege der Exekutive ihre Erledigung finden. In der Frage der Amnestie wird man vermutlich eine Form wählen, die dem Reichstag selbst die Entscheidung über die Einzelheiten der Ausgestaltung überläßt. Schwierig ist die Frage der Proklamierung des 11. August zum Nationalfeiertag. In diesem Punkte wird weder eine Einigung im Kabinett herbeizuführen sein, noch unter den Fraktionen, die im Kabinett vertreten sind. Aeußerlich wird sich diese Frage so gestalten, daß die Reichsratsvorlage an den Reichstag weitergeleitet wird. Die Entscheidung wird dann im Plenum gesucht werden müssen.

Die Kammer billigt Poincarés Politik.

Annahme eines Vertrauensvotums mit großer Mehrheit.

Paris, 29. Juni.

Die Kammer setzte heute die Diskussion der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung fort. Das Haus und auch die Tribünen waren stark besetzt, da allgemein angenommen wurde, daß heute die wichtige Abstimmung stattfinden werde, auf der die Regierung kategorisch besteht, um nicht demissionieren zu müssen. Als erster Redner forderte der reaktionäre Abgeordnete Lacour Grandmaison, daß Poincaré sich endlich darüber entscheide, mit welcher Mehrheit er regieren wolle.

Poincaré erklärte in längerer Rede u. a.: Die Stärke des Kabinetts der nationalen Einigung bestehe nicht darin, daß ihm dieser oder jener Politiker angehöre, sondern darin, daß alle Minister entschlossen seien, auf eine gewisse Zeit ihre persönliche Neigungen zurückzustellen Er persönlich habe nicht mehr daran denken wollen, daß man ihn „Poincaré la Ruhr" und Poincaré la Guerre" genannt habe. Er habe es auch nach den letzten Wahlen für das beste gehalten, seine Mitarbeiter zu behalten Wenn man eine Umgestaltung der Regierung wünsche, so werde er die Initiative hierzu nicht ergreifen Wenn man ihn frage, mit wem die Regierung regieren wolle, dann antwortete er: Mit der Mehrheit, die der Regierung folgen werde. Es sei der Wunsch des Kabinetts, daß diese Mehrheit so groß wie möglich sei, aber wenn sich Abbröckelungen zeigten, so werde man sich dadurch nicht entmutigen lassen.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Poincaré auch wieder auf das Elsaß zu sprechen und erklärte, man habe sich in gewissen Kreisen gewundert, daß er für Elsaß und Lothringen eine Ausnahmestellung gefordert habe. Das französische Gesetz habe jedoch von jeher Rücksicht auf lokale Gebräuche genommen. Man könne nicht mit einem Federstrich die Folgen einer fremden Beherrschung von einem halben Jahrhundert beseitigen. Sowohl die protestantische als auch die katholische Bevölkerung im Elsaß wollen nichts von dem Unterricht auf Grund der französischen Laiengesetzgebung wissen. Es sei also nur gerecht, wenn man davon absehe, dem Elsaß eine derartige Assimilierung aufzuzwingen. Der Ministerpräsident streifte auch kurz die gestrige Debatte über die Freilassung von Ricklin und Rossé und meinte, daß die Regierung sich auf eine derartige Debatte nicht habe einlassen können und abwarten müsse, bis der Kassationshof gesprochen habe.

Es sei aber sicher, daß man schließlich zu der Ueberzeugung kommen werde, daß eine ganze Anzahl braver Menschen getäuscht worden sei. Die Elsässer würden einsehen, daß Frankreich die liberale und ritterliche Nation geblieben sei, die die Elsässer von 1870 und nach ihnen ihre Kinder und Kindeskinder beweint hätten. Der Ministerpräsident warnte schließlich vor jeder Unklugheit, die die Stabilisierung kompromitieren könne. Man müsse aus ihr alle wirtschaftlichen und sozialen Vorteile ziehen. Deshalb sei es notwendig, daß ein fortgesetztes Einverständnis zwischen Kammer und Regierung bestehe. Ein provisorisches oder bedingtes Vertrauen würde das Land Gefahren aussetzen. Die augenblickliche Lage erfordere nach der Währungsstabilisierung eine ministerielle Stabilisierung.

Nach der Rede Poincarés sprach der radikale Abgeordnete Borel über die Aufwertungsfrage. Er wünsche, daß keine Hoffnung erweckt werde, die sich nicht erfüllen lasse Der kommunistische Abgeordnete Piquemal übte heftige Kritik an der Haltung der Regierung gegenüber den Beamten. Darauf wurde die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Danielou eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie ihr Programm in republikanischer Eintracht durchführen wird. Die Kammer lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über."

Namens der Radikalen erklärte der Abgeordnete Daladier, daß sie die vorgeschlagene und von der Regierung angenommene Tagesordnung akzeptierten. Im Laufe der Diskussion über die Tagesordnung ergriff der sozialistische Abgeordnete Grumbach das Wort, um den Ministerpräsidenten zu fragen, warum er das Versprechen, eine Diskussion über die Lage im Elsaß anzunehmen, nicht gehalten habe. Poincaré erklärte, ehe der Kassationshof in der Angelegenheit des Kolmarer Urteils nicht gesprochen habe, fehle die Abgeklärtheit, die eine so ernste Diskussion erheische. Er selbst habe sie nicht einmal.

Bei der Abstimmung wurde die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Danielou mit 455 gegen 126 Stimmen angenommen.

Das Kabinett Müller im Urteil der Presse.

Die Meinung der Berliner Blätter.

Von unserer Berliner Redaktion.

(!) **Berlin,** 29. Juni (Drahtb.).

Die eigenartigen Umstände, unter denen das neue Reichskabinett aus den wochenlangen Verhandlungen hervorgegangen ist, werfen ihre Schatten auch auf die Begrüßungsartikel, die die Presse heute dem neugebildeten Kabinett widmet. Restlos zustimmend ist eigentlich nur die Haltung der demokratischen Presse gegenüber dem neuen Kabinett, und selbst hier sind die Meinungen zum Teil abweichend voneinander.

Im Gegensatz zu dem „Berliner Tageblatt", das der Reichsregierung ein langes Leben voraussagt, ist schon die „Vossische Zeitung" weniger optimistisch. Selbst der „Vorwärts" ist nicht so zuversichtlich, wie das „Berliner Tageblatt". Der „Vorwärts" erklärt: „daß an dieser Regierung zwar nicht durch Abmachungen aber durch Personen fünf Parteien gebunden sind, die von verschiedener Geistesrichtung sind und verschiedene Ziele verfolgen." Dabei seien einige dieser Parteien selbst nicht einheitlich und ohne straffe Führung. Das gebe ein weites Feld für die parlamentarischen Zwischenfälle, die übrigens auch durch feste Abmachungen zwischen den Parteien nicht zu bannen seien.

In den Blättern der Rechten kommt eine mehr oder minderstarke Ablehnung zum Ausdruck. Dabei fehlt es auch nicht in der „Deutschen Zeitung" an Angriffen auf den Reichspräsidenten von Hindenburg, dem vorgehalten wird, daß er ohne jeden äußeren Zwang und ohne irgendwelche Versuche eines Widerstandes das „rote Kabinett Müller" gebilligt habe. In der volksparteilichen „Täglichen Rundschau" wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der „provisorischen Regierung" erwachsen würden. Das Blatt verweist zugleich auf die Notwendigkeit einer Revision in der Personenfrage, wenn es im Herbst in Verbindung mit der Erweiterung der Regierung in Preußen zu einer Umbildung der Reichsregierung kommen müsse.

Im großen und ganzen kann man so feststellen, daß das Kabinett vor der Aufnahme der eigentlichen parlamentarischen Arbeiten im Reichstag im Herbst ernsthaften Belastungen kaum ausgesetzt sein wird. Die erste Schwierigkeit, die es zu überwinden haben wird, wird die sein, die über das Regierungsprogramm voneinander abweichenden Meinungen der in der Regierung vertretenen Parteien zu einem erträglichen Ausgleich zu bringen. Das ist erforderlich, weil bekanntlich sowohl die Deutsche Volkspartei als auch die Bayrische Volkspartei und auch das Zentrum ihre endgültige Stellungnahme zu der neuen Reichsregierung von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig machen. Befriedigt diese die genannten Parteien nicht, so werden sie vielleicht zum Teil wahrscheinlich bei einem Vertrauensantrag bezw. einem Mißtrauensantrag sich der Stimme enthalten und die Mehrheit der neuen Reichsregierung wird bestenfalls eine außerordentlich geringe sein.

*

Pariser Pressestimmen.

)(**Paris,** 29. Juni.

Die Pariser Presse nimmt zu der Neubildung des Reichskabinetts bisher recht spärliche Stellung und beschränkt sich im allgemeinen auf eine Wiedergabe der einzelnen Phasen der Parteiführer-Verhandlungen. Allgemein ist man hier der Ansicht, daß das neue Kabinett sich nur kurzer Lebensdauer erfreuen werde. „Paris Midi" bezweifelt, daß die Regierung Hermann Müller die Sommerferien erleben werde und sieht Verhandlungen zur Bildung einer wahren Großen Koalition voraus. Die Mehrheit Müllers vergleicht das Blatt mit dem berühmten faulen Balken, der über den Bach führt. Der nationalistische „Figaro" ist gespannt, wie das Kabinett der Sozialdemokratie sich zu den nationalistischen Kundgebungen verhalten werde. Der im gleichen Verlage erscheinende „Gaulois" meint, Stresemann werde aus der Unbeständigkeit seiner Regierung im Laufe der Verhandlungen über die Rheinland-Räumung und die Revision des Dawesplanes Vorteil schlagen. Jedesmal, wenn er bei den Alliierten auf Widerstand stoße, werde er mit dem Gespenst einer Regierungskrise in Deutschland drohen und die Gefahr einer Reaktion an die Wand malen, die bereit sei, das zerbrechliche Werk der europäischen Annäherung umzustürzen. Zum Schluß bekundet das Blatt starkes Mißtrauen gegenüber der sozialistischen Finanzverwaltung und wegen der Erfüllung des Dawesplanes.

Ein Stammhalter im Hause Hindenburg.

(!) **Berlin,** 29. Juni. Dem Major von Hindenburg wurde heute nacht ein Sohn geboren. Der Kleine ist der erste Enkel des Reichspräsidenten, der den Namen Hindenburg trägt.

Glückwunsch der Reichsregierung.

:|: **Berlin,** 29. Juni. Reichskanzer Müller richtete an den Reichspräsidenten ein Glückwunschschreiben, in dem es heißt: „Soeben erhalte ich die Nachricht, daß Sie, hochgeehrter Herr Reichspräsident, heute durch die Geburt eines Enkelsohnes beglückt worden sind. Ich bin überzeugt, daß bei der tiefen Verehrung, die Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, in den weitesten Kreisen des Deutschen Volkes genießen, diese Nachricht den freudigsten Widerhall finden wird. Im Namen der soeben zu ihrer ersten Sitzung zusammengetretenen Reichsregierung darf ich mir gestatten, die verehrungsvollsten und aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen."

Die „Tägliche Rundschau" stellt ihr Erscheinen ein.

△ **Berlin,** 29. Juni. Die „Tägliche Rundschau" teilt mit, daß der Deutsche Volksdienstverlag mit dem 13. Juni 1928 in Liquidation tritt und die „Tägliche Rundschau" mit diesem Tage ihr Erscheinen einstweilen einstellt. Es heißt dann u. a weiter: Die Inhaber des Volksdienstverlages glauben, nachdem aussichtsreiche Verhandlungen mit einem großen Berliner Verlag zwecks Uebernahme der „Täglichen Rundschau" sich im letzten Augenblick zerschlagen, den derzeitigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen dadurch Rechnung tragen zu müssen, daß sie von einer Weiterführung der Zeitung vorerst Abstand nehmen. Sie sind aber fest entschlossen, das Blatt binnen kurzer Frist in neuer Zusammensetzung der Gesellschafter und unter Schaffung einer gesicherten finanziellen Grundlage wieder aufleben zu lassen.

Reichstagsabg. Andre legt sein Mandat nieder.

Stuttgart, 29. Juni. Der Zentrumsabgeordnete Andre ist zum Präsidenten des württembergischen Landesarbeitsamtes ernannt worden. Andre wird sein Reichstagsmandat niederlegen und an seiner Stelle wird der Abgeordnete Groß wieder in den Reichstag einziehen.

Das Geständnis des dänischen Spions.

× **Berlin,** 29. Juni.

Die Vernehmungen des dänischen Spions Hauptmanns Lembourn, die den ganzen gestrigen Nachmittag bis in die späten Abendstunden hinein bei der Staatsanwaltschaft stattfanden, haben einer Korrespondenz zufolge eine Wiederholung des Geständnisses Lembourns gebracht, das dieser bereits vor der Polizei abgelegt hatte. Er hat eingestanden, daß er sich in Deutschland als Spion betätigt habe. Lembourn gibt an, daß einer seiner Freunde, ein Oberleutnant im dänischen Nachrichtendienst, ihn veranlaßt habe, gewisse militärische Punkte, die das deutsche Heer und die Landesverteidigung betreffen, zu erkunden. Zu diesem Zweck sei er nach Berlin gefahren und habe sich hier mit der Stenotypistin Stegemann, mit der er ein Liebesverhältnis anknüpfte, in Verbindung gesetzt, um auf diese Weise unter Benutzung einer deutschen Agentin seinen Auftrag durchzuführen. Die Stegemann sollte sich zunächst über das Vorhandensein einer geheimen deutschen Heeresfliegerei, die nach dem Versailler Vertrag bekanntlich verboten ist, erkundigen und für sachgemäße Beantwortung dieser Frage eine Geldsumme als Belohnung erhalten. Nach und nach sollten dann auch weitere militärische Geheimnisse Deutschlands, auf die Lembourns Freund im dänischen Nachrichtendienst Wert legte, erforscht werden. Lembourn macht allerdings nicht den Eindruck eines routinierten Spions, vielmehr den eines Anfängers auf diesem gefährlichen Gebiet, was sich auch schon aus der ganzen Art seines Vorgehens ergibt.

Ueber seine Beziehungen zu Frankreich ließ er sich dahin aus, daß er vom dänischen Kriegsministerium nach dem Krieg offiziell zu einem Lehrkursus nach Frankreich abkommandiert gewesen sei und in Straßburg, bei der französischen Militärakademie in Saint Cyr sowie bei einer Nachrichtentruppe in Versailles tätig war. Dagegen bestreitet er entschieden, im Weltkrieg auf französischer Seite gestanden zu haben.

Lembourns gestrige Vernehmung war nur von kurzer Dauer, da er noch von der Reise und den Aufregungen der plötzlichen Verhaftung sehr erschöpft war. Er wird im Laufe der Untersuchung weiter verhört und auch der in Berlin verhafteten Stenotypistin Stegemann gegenübergestellt werden. Der Freund des Mädchens, der in dieser Sache ebenfalls festgenommen worden war, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da er offensichtlich mit dieser Angelegenheit nichts zu tun hat. Dagegen ist noch immer ein Mann in Haft, den die Stegemann in ihrer Pension mit ins Vertrauen gezogen hat, der aber, wie jetzt feststeht, kein Ausländer ist.

Eine Erklärung des dänischen Kriegsministers.

◆ **Kopenhagen,** 29. Juni. Am Freitag vormittag fand zwischen dem Außenminister und dem Kriegsminister eine längere Unterredung über die Angelegenheit Lembourn statt. Im Anschluß daran erklärte der Kriegsminister der Presse, daß er vorläufig noch keine Mitteilungen machen könne. Die dänische Regierung habe keinerlei Beziehungen zu der ganzen Angelegenheit. Auch der Chef der dänischen Heeresleitung hat erklärt, daß die Heeresleitung nichts mit dem Vorgehen Lembourns zu tun habe. Von einer dänischen Spionagezentrale in Berlin könne keine Rede sein. — Daß die dänische Regierung ihre Hände in Unschuld waschen würde, war zu erwarten.

Erbitterung über Nobile in Norwegen.

× **Oslo,** 29. Juni. In Norwegen herrscht über Nobiles Polarflug, der so viele schwere Opfer gekostet hat und wahrscheinlich noch kosten wird, stärkste Verbitterung. Es macht sich um das Schicksal des norwegischen Nationalhelden Amundsen verzweifelte Besorgnis bemerkbar. Man gibt die Hoffnung auf, daß er noch am Leben sein könne.

Die Eisscholle mit dem roten Zelt treibt nach Norden.

◆ **Rom,** 29. Juni. 2,20 Uhr früh. Die „Citta di Milano" meldet durch Funkspruch, daß die Verbindungen mit der Gruppe Viglieri wiederhergestellt sind. Gestern abend befand sich die Gruppe in 80 Grad 20 Minuten nördlicher Breite und 28 Grad 21 Minuten östlicher Länge von Greenwich. Dieser Punkt liegt etwa 10 Meilen nördlich vom Kap Leigh Smith, ungefähr 13 Meilen vom letzten Standort entfernt.

Der russische Flieger Babuskin hat mit seinem Junkers-Apparat vom Eisbrecher „Malegin" aus, der noch immer östlich der Insel Hop liegt, die Insel König Karl südlich der Nordost-Landes erreichen können, auf der er seine Basis errichtet hat. Von dieser Insel aus kann er leicht die Gruppe des roten Zeltes erreichen und Nachforschungen nach den verschollenen Schiffbrüchigen anstellen. Aus einem Bericht des russischen Eisbrechers „Krassin" geht hervor, daß auf der Fahrt von Tromsö nach Spitzbergen die Barend-See vergeblich nach dem Flugzeug „Guilbaud" Amundsens abgesucht wurde.

Die „Citta di Milano" war ehemals deutsch.

Es wird kaum allgemein bekannt sein, daß das vielgenannte Hilfsschiff Nobiles der ehemalige deutsche Kabeldampfer Großherzog von Oldenburg ist. Dieser gehörte früher einer Tochtergesellschaft der Felten und Guilleaume, Karlswerk, A.-G., Köln-Mülheim, der Norddeutschen Seekabelwerke, A.-G., Nordenham a. d. W., und mußte infolge des Friedensvertrags von Versailles an Italien ausgeliefert werden.

Ein deutsches Hilfsflugzeug unterwegs.

× **Kopenhagen,** 29. Juni. Das Sportflugzeug D 1357, das von der Klemm-Daimler Flugzeugfabrik in Stuttgart der schwedischen Regierung für die Rettung der Nobileexpedition zur Verfügung gestellt worden ist, ist heute vormittag um 10 Uhr, gesteuert von Ingenieur Lusser, hier eingetroffen. Die 900 Kilometer lange Strecke Stuttgart-Kopenhagen ist ohne Zwischenlandung zurückgelegt worden.

◆ **Stockholm,** 29. Juni. Das deutsche Klemm-Leichtflugzeug für die schwedische Hilfsexpedition ist in Stockholm eingetroffen und wird voraussichtlich noch heute mit der Bahn nach Narvik weiterbefördert werden. Die schwedische Regierung hat beschlossen, die deutsche Hilfe anzunehmen. Die schwedische Rettungsexpedition verfügt nunmehr über sieben Flugzeuge. Lundborg ist am Freitag zum Hauptmann befördert worden.

Die Ozeanflieger in Stuttgart.

:|: **Stuttgart,** 29. Juni. Die Ozeanflieger sind Freitag nachmittag in Stuttgart eingetroffen. Die „Europa", die von eine Staffel der Münchener Fliegerschule begleitet war, landete gegen 16 Uhr auf dem früheren Exerzierplatz bei Cannstatt, wo die Flieger von einer vieltausendköpfigen Menge stürmisch begrüßt wurden. Im Namen der Staatsregierung hieß Wirtschaftsminister Beyerle die Flieger in Württemberg herzlich willkommen. Weitere Begrüßungsansprachen hielten Oberbürgermeister Lautenschläger, General von Stülpnagel für das Wehrkreiskommando 5 und der amerikanische Konsul. In kurzen Worten dankten darauf die drei Flieger für die herzlichen Willkommensgrüße. Nach einer Rundfahrt fand eine große Flugveranstaltung statt. Am Abend folgten die Flieger einer Einladung der württembergischen Regierung im Neuen Schloß. Mit Einbruch der Dunkelheit veranstaltete der württembergische Luftfahrtverband im Verein mit der Studentenschaft der drei württembergischen Hochschulen zu Ehren der Flieger einen Fackelzug. Nach Beendigung des Fackelzuges nahmen die Flieger an einem Bierabend des württembergischen Luftfahrtverbandes teil.

Der Erfinder des Torpedoboots gestorben.

London, 29. Juni.

Gestern ist auf seinem Landsitz auf der Insel Wight eine der romantischsten Figuren in der englischen Geschichte des Schiffbaues, der Erfinder des Torpedobootes, John Isaak Thornycroft, der 85jährige Gründer der Schiffswerft gleichen Namens in Southampton, gestorben.

Sir John, der Sohn des Bildhauers Thornycroft, ist in Rom geboren und beschäftigte sich schon seit seiner frühesten Jugend mit dem Bau von Schiffen. Im Alter von 17 Jahren baute er ein Schiff, genannt „Nautilus", das das größte Schiff seiner Zeit war. Als er 21 Jahre alt war, gründete er eine Schiffswerft in London. Hier baute er das Motorboot „Miranda", das 36 Fuß lang war, einen Lokomotivkessel und die für damals fabelhafte Geschwindigkeit von 18½ Meilen per Stunde besaß. Dieses Schiff, der erste Schritt auf dem Wege zum Torpedoboot, begründete Thornycrofts Ruf. Als er entdeckte, daß mit einer Geschwindigkeit von 22 Meilen die Höchstgeschwindigkeit des Lokomotivkessels auf Schiffen erreicht war, erfand er den Thornycroft-Wasserröhrenkessel, der bald in der englischen Marine eingeführt wurde. Bald war seine Werft in London zu klein geworden, und er gründet in Southampton eine Torpedobootswerft und in Basigstoke ausgedehnte Motorenfabriken.

Im Laufe seines Lebens entwickelte er viele andere Erfindungen auf dem Gebiet des Marineschiffbaues. Im Jahre 1910 demonstrierte er auf der Themse in London ein Motorboot, das bereits damals die Schnelligkeit von 40 Meilen per Stunde besaß.

Amerikanischer Versuch eines neuen Weltrundreise-Rekords.

◆ **Newyork,** 29. Juni. John Hany, der frühere Inhaber des Weltrundreise-Rekords, und der Flieger G. B. Collyer sind heute morgen 5 Uhr im Flugzeug zu einem neuen Rundflug aufgestiegen. Sie wollen versuchen, die „Olympic" zu erreichen, die bereits um Mitternacht Newyork verließ. Sollte es ihnen möglich sein, an Bord zu gehen, so werden sie die Reise des Schiffes mitmachen, um anschließend über Paris nach Berlin und Yokohama zu fliegen. Von dort soll die Fahrt zu Schiff nach Kalifornien gehen und weiter mit dem Flugzeug wieder nach Newyork. Dieser erneute Weltrundflug soll nicht länger als 18 Tage dauern.

Die „Rekordweltreisenden" an Bord der „Olympic".

▲ **Newyork,** 29. Juni. Die beiden amerikanischen Rekordweltreisenden, die am Freitag früh um 5 Uhr im Flugzeug gestartet waren, haben nach einem Funkspruch des Ozeandampfers „Olympic" das Schiff erreicht und sind an Bord gegangen.